

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Unsere Meinung

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Unsere Meinung

# Wir Zuschauer

Der MPLA-Triumph in Angola bedeutet an einem besonders gravierendem Testfall, dass heute weder der sowjetischen Intervention noch der westlichen Zulassung Grenzen gesetzt sind.

Die Entscheidung ist ganz direkt durch Waffen, Truppen und Administration (über 900 Sowjet-«Berater» in Luanda) herbeigeführt worden. Der Westen hat dieser «Entwicklung» zugesehen, ohne etwas dagegen zu tun oder auch nur etwas dagegen zu sagen. Die Ausnahme waren die USA, die wenigstens ihr Missfallen ausdrückten. Denn darauf hat sich schliesslich beschränkt, was man noch im Dezember als «unmissverständliche amerikanische Warnung an die Sowjets» zu bezeichnen beliebte.

Wie hätte denn auch eine Drohung, die man gleichzeitig zwecks Vermeidung von innenpolitischem Aergern vor dem eigenen Kongress in Washington als «nicht so gemeint» dementieren musste, die Sowjets ernstlich beeindrucken sollen?

Noch immer sind die USA die einzige Macht des Westens, die vom Potential her der sowjetischen Expansion entgegenzutreten könnten, aber gerade in dieser Richtung ist ihre Aussenpolitik und Sicherheitspolitik so gut wie handlungsunfähig geworden. Die Öffentlichkeit, von deren Aufklärung Moskau profitieren kann, regiert so schön fortlaufend mit, dass für das Regieren der Regierung nicht einmal mehr ein kurzfristiges Mandat übrig bleibt. Und was die westlichen Partner angeht, so ist insofern Verlass auf sie, als sie sich das Absetzen von jedem allfälligen

amerikanischen Engagement bis zum Automatismus angewöhnt haben.

\*

Insgesamt hat der Westen den Sowjets gestattet, das Unternehmen Angola in kalkulierbarer Risikolosigkeit durchzuführen. Und das ist nicht die blosser Folge von Fahrlässigkeit und mangelnder Koordination. Vielmehr hat die langjährige Entwicklung einer schlagseitigen Bewusstseinslage völlig logisch dazu geführt, dass man ein um so besseres Gewissen hat, je weniger man etwas gegen die sowjetische Expansion tut. Und das spielt jetzt sogar angesichts eines flagranten Eingriffs des Sowjetlagers, das heute nicht einmal mehr nötig hat, auch nur das optische Kampfgeschehen den von ihm erwählten «nationalen Befreiungskräften» zu überlassen. Wir sind jetzt schon glücklich so weit, dass die Praxis zur Theorie der beschränkten Souveränität mit unverfrorener Direktheit auf die Dritte Welt übertragen wird.

Dass man in Moskau und Havanna schon ganz ruhig die Legitimität für sich beansprucht (siehe letzte Nummer), nach dem Muster früherer Kolonialpolitik ganze Expeditionskorps in Ueberseegebiete einzusetzen, ist das eine. Und das andere ist, dass der Westen sich selbst die Legitimität abspricht, dem entgegenzutreten.

Ja, man lässt die Kolonialisierung gerade unter Berufung auf die Entkolonialisierung gewähren. Das lässt sich exemplarisch an drei Motiven sehen, die die öffentliche Diskussion unter völlig falscher Akzentsetzung beeinflusst haben:

● *Die Angst vor einem «zweiten Vietnam».* Sie spielte vor allem in den USA eine entscheidende Rolle. Aber wie sah denn bei diesem Vergleich die Rollenverteilung in Angola tatsächlich aus? Die UdSSR verfügte über ein Regime in der Hauptstadt. Sie rüstete die Regierungstruppen nach Belieben mit schweren Waffen aus und kam ihnen, als das nicht ausreichte, mit «green



berets» des eigenen Lagers zu Hilfe. Die Gegenkräfte von FNLA und UNITA waren demgegenüber auf die Guerillakriegführung mit leichten Waffen angewiesen und auf die Unterstützung des bereits entkolonialisierten Zaire, das technisch in Parallele zu Nordvietnam gesetzt werden konnte. Zur Debatte wäre nicht ein zweites Vietnam für den Westen, sondern ein erstes Vietnam für die Sowjetunion gestanden. Aber die internationalistische Hilfe für die Guerillas (via Zaire und unter Ausnutzung des Faktors China) ist etwas, was der Westen verpasst hat. Ja, er hat nicht einmal die Chance überhaupt eingesehen, die Sache so «aufzuziehen». Er hat sich die falsche Analogie eingeredet, und

## Kühler Blick auf heisse Probleme

(Fortsetzung von Seite 3)

### Die «Rettung des Landes» kann nicht als interne Angelegenheit vor sich gehen

Sacharow meint:

«Die Rettung des Landes liegt darin, dass es mit der ganzen Welt zusammenspannt; sie ist nicht möglich ohne die Rettung der gesamten Menschheit.» (S. 34)

Ist das ein realer Ausweg? Darin liegt ja das Elend, dass das Zusammenwirken der totalitären Sowjetunion mit der freien Welt unmöglich ist. Die Sowjetführer schieben seit bald 60 Jahren solchem Zusammenwirken Riegel vor, denn solcher «Internationalismus» müsste zum Sturz des Regimes führen. Aber:

«Die Menschen in unserem Land sind total von der Regierung abhängig, sie verschluckt alle, ohne sich je zu verschlucken, und was die Opfer angeht, so hat es schon mehr als genug gegeben.» (S. 34)

### Die Chancen von Reformen an einem Beispiel

Sacharow führt ein bemerkenswertes Beispiel an, das belegt: keinerlei Reformen (sogar von oben

— nach Chruschtschows Methode) liegen «drin», obschon sie fraglos der Volkswirtschaft zur Gesundung verhelfen würden.

Chudenko, Direktor einer grossen Sowchose, senkte bei den verfügbaren Mitteln die Zahl seiner Arbeiter auf ein Fünftel und erreichte dennoch eine bedeutende Produktionssteigerung. Es liegt auf der Hand, dass unser Land von dieser Methode (zugegeben, sie ist kapitalistisch) nur profitieren könnte. Indes — «solche Veränderungen laufen dem Konservatismus, der Feigheit und den egoistischen Interessen der Nomenklatur zuwider» (S. 35). Und Chudenko wurde für seine Verdienste nicht nur entlassen, sondern gar des Versuchs angeklagt, mit seiner gewinnbringenden Sowchose «dem Staat Schaden in besonders hohem Ausmass beizufügen». Er wurde zu acht Jahren Lager verurteilt, wo er während der Strafverbüssung starb. Ein Beispiel.

Diese «Besonderheiten des Sowjetsystems haben sehr wesentliche Folgen in der Aussenpolitik», gibt Sacharow (S. 35) zu bedenken. Er weist auf die Isolierung der Sowjetgesellschaft und den totalitären Charakter der Verwaltung hin. (S. 35) Die Ideologie verbietet jede Privatinitiative (siehe Chudenko).

Der Staat seinerseits zeigt indessen absolute Prinzipienlosigkeit in der Aussenpolitik. So unterstützt die UdSSR ohne Wimperzucken tyran-

nische Regime (etwa in Uganda und Libyen) mit ungeheuren Waffenlieferungen. Die innenpolitische Situation ermöglicht es der Sowjetführung, «notfalls beliebige Abkommen leichtthin zu verletzen, Härte an den Tag zu legen» und schafft «gewaltige unkontrollierte finanzielle Möglichkeiten zu geheimen subversiven Aktionen in anderen Ländern — Bestechung, Betrug, Erpressung, Organisation von ‚fünften Kolonnen‘. Zweifellos bringen diese (innenpolitischen) Besonderheiten eine zusätzliche Gefährdung herbei, eine zusätzliche Herausforderung an die ganze Menschheit, die sich ohnedies schon in einer äusserst schwierigen Lage befindet.» (S. 36)

### Aussenpolitik als Export der Repression

Das Aufrüsten in der UdSSR ist es, das andere Länder zu hohem und wachsenden Verteidigungsausgaben zwingt und die Spannung in der Welt schuf und anheizt. Ist denn ein Abkommen nicht ein blosser Fetzen Papier für die Sowjetführung? Sie lässt sich doch nicht davon die Hände binden! Auch nicht von Helsinki, das keine Entspannung gebracht hat, keinen Abbau der Spannung nämlich, obschon die sowjetischen Agitatoren — und westliche Linke — in hohen Tönen davon singen.

(Ein nächster Beitrag wird der weiteren Thematik in Sacharows Schrift gewidmet sein.)

er hat darauf verzichtet, die politisch wirksame Analogie auch nur zu proklamieren.

● **Das Prinzip der Nichteinmischung.** Man hat es im Westen als Verbot verstanden, bezüglich Angola aktiv zu werden. Dabei hätte man sich gerade auf dieses Prinzip berufen können, um etwas gegen die sowjetische Einmischung zu unternehmen. Sowohl in der angolischen, als auch in der afrikanischen Szenerie selbst hatte man für die portugiesische Erbschaft die drei gleichermassen als antikolonialistische Befreiungsbewegungen anerkannten Kräfte von FNLA, MPLA und UNITA mit gleicher Legitimation gesehen. Das war denn auch die Interpretation der OAU gewesen, die nach der Unabhängigkeit eine Koalition vorsah. Es war dann



Eine Karikatur von «Eulenspiegel» (Ostberlin) über die FNLA als Instrument des westlichen Kolonialismus. Für die MPLA in sowjetischen Händen würde sie stimmen, obwohl die Soldaten des Sowjetlagers auch noch selber schiessen.

die Sowjetunion, die — damals noch mit Unterstützung der immer noch präsenten portugiesischen Kolonialmacht — durch einseitige machtpolitische und militärische Hilfe an ihren Schützling MPLA den afrikanischen Bürgerkrieg einheizte und jedenfalls exklusiv für seine ausserkontinentale Dimension sorgte. Hier also lag die Einmischung in afrikanische Angelegenheiten vor, aber der Westen hat grosso modo sogar die bloss verbale Denunzierung dieser Sachlage den Chinesen überlassen und findet sich jetzt mit dem sowjetisch geschaffenen fait accompli ab. So wird aus dem Motiv der Nichteinmischung ein sanktioniertes sowjetisches Einmischungsrecht.

● **Der Faktor Südafrika.** Dieses Motiv ist nicht zuletzt im Westen zum Alibi dafür geworden, die sowjetische Machtergreifung in Angola nicht nur hinzunehmen, sondern auch noch moralisch zu unterstützen. Mindestens im Sinne des klei-

ren Uebels. Angesichts der Bedrohung durch das Apartheid-Regime, sozusagen. Dem entsprach denn auch letzten Herbst zum Beispiel die Stellungnahme des Weltkirchenrates in Nairobi, der an ausländischen Interventionen in Angola nur gerade die südafrikanische namentlich anzuprangern wusste. Dabei ist diese Akzentsetzung nicht nur in der zeitlichen Prioritätssetzung falsch, sondern auch ausserhalb aller machtmässiger Proportionen. Südafrika hat in dieser Sache nicht agiert, sondern bloss — auf hilflose Weise und mit vergleichsweise dürftigen Kräften — reagiert. Südafrika suchte (an der Grenze zu «seinem» Südwestafrika) ein bisschen nationale Sicherheitspolitik in Angola selbst zu treiben, als der unverhältnismässig gewichtigere sowjetische Eingriff schon längst im Gange war. Unterdessen ziehen die südafrikanischen Truppen ab, eine «lost cause» nach dem vergeblichen Versuch, mit nationalen Mitteln ein Gleichgewicht wiederherzustellen, das nur ein internationales Vorgehen hätte bewerkstelligen können. Politisch musste sich das (schwache) Vorgehen der «bête blanche» des Kontinents natürlich kontraproduktiv auswirken, namentlich in Afrika. Aber das wäre kein Grund, der direkten sowjetischen Aggression ein Alibi zu geben.

\*

## Kuba in Angola

Die nunmehr abgeschlossene Sowjetisierung Kubas (ZB 1/76) zeigt, dass im vergangenen Jahr mit den Avancen gegenüber den USA bloss die intensiven Vorbereitungen auf den ersten Parteikongress getarnt worden sind. Fidel Castro hat, seinem Charakter entsprechend, einmal mehr mit zwei Zungen geredet. Das tat er schon vor seiner Lüge beim Aufbau sowjetischer Raketenbasen im Herbst 1962. Ende 1959 stellte er mit beachtlicher Offenheit fest, er sei immer Marxist-Leninist gewesen, habe das jedoch zuvor nicht zugegeben, weil er sonst namhafte Unterstützung im Kampf um die Macht verloren hätte.

Die ausdrückliche Gutheissung der kubanischen Intervention in Angola wirft indessen ein neues Problem auf.

Zunächst und bis Mitte Dezember hat Kuba die Präsenz seiner Truppen in Angola nicht eingestanden, aber die Intervention grundsätzlich rechtfertigt. So noch der kubanische Delegierte Alcarcon in einer UNO-Debatte am 10. Dezember, als er das Recht Kubas unterstrich, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Erst nach Mitte Dezember hat dann Kuba zugegeben, Truppen nach Angola geschickt zu haben. Mittlerweile dürften 12 000 bis 15 000 Mann aus Havanna in den Reihen der MPLA kämpfen.

Damit hat Kuba seine Aussenpolitik auf den alten militanten Kurs der sechziger Jahre zurückgebracht. Mittlerweile und seit Anfang der siebziger Jahre wurde der diplomatischen Offensive der Vorzug gegeben.

Tatsächlich hat sich Kuba bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges in Angola darauf konzentriert, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen nicht nur mit lateinamerikanischen, sondern auch afrikanischen und westeuropä-

Das westliche Zulassen hat sich unterdessen auf Afrika insgesamt ausgewirkt. Obwohl die mittelbare und unmittelbare Kriegführung des Sowjetlagers in Angola die seinerzeitigen OAU-Beschlüsse (Anerkennung aller drei Befreiungsbewegungen) ganz direkt verletzte, haben sich unterdessen immer mehr afrikanische Staaten den gewaltsam geschaffenen Tatsachen gebeugt. Eine afrikanische Alternative zum internationalen Uebergewicht der sowjetischen Supermacht ist einfach zu schwach, und weil der Westen als Alternativkraft abgedankt hat, passt man sich der neokolonialen Realität sowjetischen Zuschnitts an.

Die letzte OAU-Konferenz war ein Zeugnis für die damit veränderten Kräfteverhältnisse. Statt der erdrückenden Mehrheit gegen eine einseitige Anerkennung des MPLA-Regimes sah man bereits eine Pattsituation, und es ist schon nicht mehr einzusehen, wie der Kontinent seine Zerrissenheit in dieser Frage anders überwinden soll als durch eine Ausrichtung auf die prosowjetische Linie. So bringt der sowjetische Angriffskrieg in Angola nicht nur ein Land ein, sondern eine entscheidende Verstärkung des globalen Ungleichgewichts. Denn unser Verhalten beweist, dass sich nicht nur die Afrikaner an die Gegebenheiten der Macht anpassen. *cb*

ischen Ländern aufzunehmen. Teilerfolge sind denn auch nicht ausgeblieben. Die Isolierung Kubas in der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) konnte durchbrochen werden; der Boykott Kubas wurde auf Antrag der USA aufgehoben, und 11 lateinamerikanische und karibische sowie 84 weitere Länder haben jetzt mit Kuba wiederum diplomatische Beziehungen.

Wie ist dieser Rückfall in die militant-revolutionäre Haltung der sechziger Jahre — verbunden erstmals sogar mit einer offiziellen militärischen Intervention — zu erklären? Mehrere Gründe lassen sich anführen.

1. Kuba ist aus eigenem Entschluss vollständig von der Sowjetunion abhängig. Wirtschaftlich ist Kuba gegenüber der UdSSR tief verschuldet, und die militärische Ausrüstung ist gänzlich sowjetisch.

2. Die Sowjetunion musste in Angola einen Dritten als Interventen vorschieben. Eine Präsenz sowjetischer Truppen in einem nennenswerten Ausmass auf afrikanischem Boden wäre sicher nicht opportun gewesen. Kuba ist ein idealer Stellvertreter Moskaus in Angola: weil es selber ein Entwicklungsland ist; weil es farbige Soldaten einsetzen kann, die wenig auffallen; weil schliesslich die Sprachprobleme zwischen den spanischsprechenden Kubanern und den portugiesischsprechenden Angolesen recht klein sind.

3. Kuba kann es sich jetzt leisten, die Maske des gezähmten Revolutionärs fallen zu lassen. Die Vorteile, die mit der Entspannungspolitik errungen werden konnten, sind im wesentlichen unter Dach. Kaum jemand wird jetzt etwa im Rahmen der OAS Stellung gegen Kuba nehmen, der noch vor Jahresfrist wegen Kubas gebesserem Verhalten der Aufhebung des Boykotts oder der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zustimmte. Womit sich einmal mehr die klassische Taktik «zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück», gelohnt hat. *Peter Sager*